Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 588. Abendbtt. Dienstag, den 15. Dezember 1868.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Dreiundzwanzigste Sitzung vom 14. Dezember.

Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Am Ministertische: v. Mühler und mehrere Regierungs-Kommissäre.

Der Minister des Innern fordert in einem Schreiben diejenigen Abgeordneten auf sich zu melden, welche ein Exemplar des im nächsten Jahre erscheinenden dritten Jahrganges des Jahrbuchs des statistischen Bureaus zu haben wünschen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Antrages des Abg. v. Guerard, betreffend die Abänderung des Art. 84 der Verfessungsurkunde (Redefreiheit).

Eine Diskussion erhebt sich nicht; der Antrag wird wiederholt mit sehr großer Majorität angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Vorberathung des Etats des Kultusministeriums. Spezialberathung.

Bei den Einnahmen Titel 4 berührt der Abg. Dr. Ellissen die Verhältnisse der Klostermeier in den Fürstenthümern Göttingen und Grubenhagen. Der Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath Knerck erwidert, daß ein Anspruch der Klostermeier auf Belassung des Eigenthums nicht vorhanden sei, daß aber die Klosterverwaltung angewiesen sei, die strengeren Grundsätze der Domänen-Verwaltung auf die Klostermeier nicht zur Anwendung zu bringen, sondern ihnen alle Rücksichten zu gönnen, die in volkswirthschaftlicher Hinsicht nothwendig sind.

Bei demselben Titel spricht Abg. Dr. Eberty über die Verwendung der Gelder der Domkapitel.

Der Kultusminister v. Mühler erklärt, daß diese Angelegenheit nicht zu seinem Ressort, sondern zu dem des Ministers des Innern gehöre.

Abg. Dr. Richter (Sangerhausen) konstatirt, daß Seitens des Ministeriums des Innern eine Auskunft über die Lage der Sache zugesagt sei.

Abg. Dr. Eberty: Er klage eben darüber, daß der Kultusminister sich Gelder entziehen lasse, die zu seinem Ressort gehören. Die Einkünfte dieses Kapitels flössen jetzt einem General zum Theil zu, anstatt, daß sie für die Kirche und Schule verwendet würden. Das Haus sei verpflichtet, die Rechte der Schule und des Volkes solchen Mißbräuchen gegenüber zu wahren. — Abg. Graf Schwerin erachtet es für nothwendig, daß diese Diskussion so lange vertagt werde, bis die zugesagte Auskunft des Ministers des Innern eingegangen sei. — Es erhebt sich hierüber eine kurze geschäftliche Debatte, welche damit endet, daß das Haus dem Vorschlage des Präsidenten beistimmt, die Sache auf die morgende Tagesordnung zu setzen und einen Kommissarius des Ministers des Innern dazu einzuladen.

Bei den Ausgaben Titel 1. Besoldungen erklärt der Kultusminister, daß er die Anträge auf Gehaltsverbesserung für den Unterstaatssekretär und den Direktor der katholischen Angelegenheiten zurückziehe. — Abg. Heise wünscht Gleichstellung dieser Beamten im Gehalte mit den Beamten gleicher Kategorie in andern Ministerien. Die letzteren hätten 4500 Thlr., die ersteren nur 4000 Thlr. Gehalt. Er richtet an den Kultusminister die Bitte, diese Gleichstellung zu veranlassen.

Evangelischer Kultus. Evangelischer Oberkirchenrath.

Hierzu liegen zwei Anträge vor: 1) vom Abg. Bieck: „Die Staatsregierung aufzufordern, auf den Etat baldmöglichst eine größere Summe für den evangelischen Kultus in Ansatz zu bringeu, damit vornehmlich die durch Einrichtung von Provinzial-Synoden entstehenden Kosten bestritten, die zu gering dotirten Pfarrstellen im Einkommen erhöhet, auch bedürftigen Geistlichen und Prediger-Wittwen namhaftere Unterstützungen als bisher gewährt werden können."

Abg. v. Mallinkrodt beantragt: unter Ablehnung des Antrages Bieck zu erklären: 1) daß grundsätzlich gemäß Art. 15 der Verfassungs-Urkunde jede im Staate bestehende Religionsgesellschaft die zur Verwaltung ihrer Angelegenheiten erforderlichen Ausgaben aus eigenen Mitteln zu decken hat, und dem entsprechend die Leistungen des Staates für die eine oder andere dieser Religionsgesellschaften in der Regel nicht über das Maß der auf Rechtspflicht oder Besitzstand beruhenden Leistungen auszudehnen sind, 2) daß Ausnahmen hiervon nur in so weit zulässig erscheinen, als es sich für die evangelische Kirche um Herstellung derjenigen Organe handelt, durch deren Bildung die Möglichkeit selbstständiger Verwaltung ihrer Angelegenheit noch bedingt erscheint, oder als die zu bewilligenden Mittel paritätisch den verschiedenen Religions-Gesellschaften zugewendet werden.

Abg. Wantrup: Ich kann mich für das synodale Wesen gar nicht so zustimmend erklären. Ich ver spreche mir von der Zuziehung des Laienwesens nicht viel. Was die katholische Kirche unerschütterlich gehalten hat, das ist die feste Kirnverfassung. Der Papst werde doch nicht gehalten dh weltliche Macht. Wenn hinter dem Papst kein Andc stände, als Napoleon III., dann läge der Pax längst über dem Haufen. Die Kraft der Wahrheitund des göttlichen Wortes steht hinter ihm. Durch s Laienelement die Kraft der Kirche stärken zu wollenmöchte ich entschieden widerrathen. Der Abg. Grc Bethusy-Huc hat von Hyperdogmen gesprochen. Wer er mir vom Kultusminister auch einen Fingerhut vovon einem Hyperdogma bringt, will ich ihm Recht gen. Hyperdogmen kennen wir in der Kirche nicht, wikennen nur Dogmen. (Ruf: zur Sache! Der Psident erklärt, daß es sich um die Anträge Bieck unl von Mallinkrodt handle.)

Abg. Bieck: Ich täusche m nicht, wenn ich die Ueberzeugung ausspreche, daß ein Antrag keine Aufnahme finden wird. Ich theil die Ansicht des Herrn Vorredners über die Synode nicht, lasse mich aber auf eine Wiederlegung seiner Ansicht nicht ein. Die Stellung des Ober-Kirchenraths in dieser Angelegenheit ist eine sehr schwierige, deshb will ich diese Stellung nicht erschweren, sondern elmehr erleichtern. Die Zusammenberufung von Synoda erfordert bedeutende Kosten. In den westlichen Povinzen haben die Synoden bereits das Recht Steuern ufzulegen; in den östlichen Provinzen können solche Kirdensteuern zu diesem Zweck noch nicht auferlegt werden, nd darum muß das Nothwendige geschafft werden. Der Nothstand der Kirche in den östlichen Proainzen ist vorhanden und der Staat hat die Verpflichtung, demselben abzuhelfen. Deshalb bitte ich um Annahme meines Antrages, dessen zweiten Theil ich mit Rücksicht auf den Antrag v. Mallinkrodt zurückziehe.

Abg. v. Mallinkrodt: Mein Antrag ist lediglich eine Konsequenz des Artikel 15 der Verfassung. Durch die Zurückziehung des letzten Theiles des Antrages Bieck ist mein Antrag eigentlich gegenstandslos geworden und ziehe ich denselben zurück, wünschte aber auch, daß der Antragsteller den ersten Theil seines Antrages zurückzöge, damit wir nicht in die Lage kommen, über den darin berührten Gegenstand abzustimmen.

Abg. Bieck: Der Zweck meines Antrages ist eigentlich erreicht, die Staatsregierung ist auf den Gegenstand aufmerksam gemacht und ich erachte daher eine weitere Abstimmung auch über den ersten Theil meines Antrages nicht für nöthig.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Graf Bethusy-Huc und Wantrup ist die Angelegenheit, da die Anträge zurückgezogen sind, erledigt. — Die Positionen werden genehmigt.

Zu Tit. 9 der Ausgaben „Konsistorien" beantragen die Kommissarien des Hauses: a) Anstatt der für das Konsistorium zu Marburg geforderten 14,875 Thlr. die Summe des vorigen Jahres im Betrage von 6676 Thlr. zu bewilligen; b) die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Hause der Abgeordneten eine Vorlage über die Organisation und Kompetenz eines Konsistoriums für die Provinz Hessen zu machen."

Der Regierungs-Kommissar Geheim. Ober-Regierungs-Rath De la Croix erklärt sich gegen diese Anträge, unter Wiederholung der bereits bei der General-Diskussion geltend gemachten Gründe. — Abg. von Buiren spricht über die Organisation der reformirten Kirche in Ostfriesland, ist aber auf der Journalistentribüne nicht verständlich.

Kultusminister v. Mühler: Was das Gemeinde-Wahlrecht in den reformirten Gemeinden in Ostfriesland betrifft, so bestehen die Verhältnisse noch so, wie sie unter dem frühern Gouvernement bestanden. Ob es nöthig ist, in Beziehung auf das Königliche Patronatsrecht Aenderungen eintreten zu lassen, darüber heute eine Erklärung abzugeben, halte ich mich nicht in der Lage. Den zweiten, vom Vorredner berührten Punkt anlangend, daß in dem Lehrbuche über die Geschichte der reformirten Kirche und deren Bedeutung Nichts gesagt sei, so erkenne ich die Richtigkeit der Ausstellung des Redners an und werde Sorge tragen, daß Abhülfe geschaffen wird. Was die Bemerkungen des Redners über die Organisation der reformirten Kirche in Ostfriesland anbelangt, so weiß ich nicht, ob er zu denselben die nothwendige Vollmacht besitzt. Die Frage, ob es an der Zeit sei, mit der Organisation vorzugehen, kann ihre Erledigung an dieser Stelle und in diesem Hause nicht finden.

Abg. Richter (Sangerhausen) vertheidigt die Anträge der Kommissäre des Hauses.

Abg. Twesten: Ich möchte um Auskunft darüber bitten, in welcher Weise die Kompetenz der Konsistorien in Hannover geändert werden soll. Wird diese Kompetenz beschränkt, so bedarf es auch eines so großen Apparats von Behörden nicht. — Für die Handhabung des Schulwesens ist es sehr nachtheilig, daß die Aufsicht über das Volksschulwesen von den Regierungen geführt wird. Es ist dies für das materielle Gedeihen der Schulen sehr nachtheilig und dasselbe würde wesentlich gefördert werden, wenn auch Fachmänner ein Wort über das Volksschulwesen mitreden könnten. Ich möchte deshalb recht sehr bitten, daß das Volksschulwesen in Hannover nicht den Regierungen und Landdrosteien, sondern dem Provinzial-Schulkollegium übertragen werde. Ich halte es für einen Schaden, daß der Kultusminister in den neuen Provinzen in den Pfad derjenigen Personen tritt, welche die Kirche unter dem alten Regime beherrschten und die viel dazu beigetragen haben, das alte Regime in Haß und Verachtung zu bringen. (Hört! Hört!) Ich erinnere Sie an den bekannten Katechismusstreit und an das Streben, die äußerste konfessionelle Orthodoxie zur Geltung zu bringen. — Redner verbreitet sich darauf über die Bestimmung des Ober-Kirchenraths und über den Widerstand gegen denselben, mit dessen Einsetzung die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche verloren gegangen. Die Maßregeln der Regierung in den neuen Landestheilen gehen davon aus, daß eine einzelne Partei zur Herrschaft in der Kirche gelange. Man darf nicht dulden, das das absolute Regiment in der Kirche fortgesetzt werde, nach dem Grundsatze des Beichtvaters Karl V.: Es kommt nicht darauf an, die Seele zur Ueberzeugung, sondern den Körper zum Gehorsam zu bringen. Bis Artikel 15 der Verfassungs-Urkunde zur Wahrheit geworden, so lange können wir uns nicht entschließen, neue Organisationen in den neuen Landestheilen Gesetz werden zu lassen.

Kultusminister v. Mühler: Ich habe in der Rede des Vorredners nichts gefunden, als Stichworte und Verdächtigungen. (Oh!) Als eine solche muß ich es zurückweisen, wenn der Abgeordnete ausgesprochen hat, man wolle die religiöse Ueberzeugung als Vorwand gebrauchen für die Unterdrückung der kirchlichen Freiheit. Ich muß dies als eine Verdächtigung zurückweisen. Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß bei Aufstellung des Etats für die Konsistorien in Marburg die Stimme des Landes nicht gehört worden sei. Das ist nicht richtig. Die Gutachten der bestehenden Konsistorien sind mehrfach darüber eingefordert. Die Staatsregierung hat den Gemeinden überall volle Freiheit gelassen. Viele von Ihnen haben vielleicht gehört, daß die preußische Regierung mit der Union auf das Innigste verbunden ist. Sie werden aber auch in derselben Zeit die eben so bestimmte Erklärung vernommen haben, daß es fern von der Königlichen Staatsregierung ist, diese Ziele in eigenmächtiger Weise, gegen den Willen und die freie Selbstbestimmung der Gemeinden zu verfolgen. Die Kirchen der neuen Provinzen konnten niemals als eine Eroberung betrachtet werden. Wenn eine gemeinschaftliche Organisation der Kirche in den alten und neuen Provinzen wünschenswerth ist, so muß doch einem solchen Wunsche nicht durch einen gewaltsamen Akt Folge gegeben werden. Meine Absicht ist, daß die Vereinigung zu Stande komme auf dem Wege der Freiheit und Selbstbestimmung. Von der Leitung des Volksschulwesens ist behauptet worden, daß es sich um ein Recht der Kirche handle, welches ohne Mitwirkung derselben nicht angetastet werden könne. Ich theile diese Ansicht nicht, weil unsere Verfassungs-Urkunde ausspricht, daß die Leitung des Schulwesens dem Staate gehöre. Als die Organisationsfrage für Hannover im Schooße der Staatsregierung zur Sprache kam, habe ich die Ueberzeugung gehabt, daß der Organisationsplan wesentlich den Bedürfnissen der Kirche und des Staates entspreche. Ich bin davon ausgegangen, den Uebergang der Leitung des Volksschulwesens von den Konsistorien auf die in Hannover einzurichtenden Regierungen zu übertragen. Durch den Beschluß dieses Hauses über die Landdrosteien hat sich die Sache wesentlich verändert und ehe die Regierung nicht weiß, welchen definitiven Beschluß das Haus bei der Schlußberathung des Etats fassen wird, kann ich mich über diese Frage nicht schlüssig machen. Es muß eine offene Frage bleiben, bis über die politische Organisation in Hannover definitiv beschlossen ist.

Abg. Struckmann konstatirt, daß die große Mehrzahl der Abgeordneten aus Hannover die Uebertragung der Leitung der Volksschule auf die Staatsbehörde für nothwendig und wünschenswerth hält. Ich bin ein warmer Freund der Union; ich halte die Union für eins der besten Werke der preußischen Könige. Ich hätte gewünscht, daß die Union schon vor Jahrzehnten in allen deutschen Ländern eingeführt wäre. Die Ueberleitung der neuen Provinzen in den preußischen Staat würde bedeutend leichter gewesen sein. — Ungeachtet der Selbstständigkeit der evangelischen Kirche würden sich Männer in Hannover gefunden haben, welche geneigt gewesen wären, die Geister zur Union allmälig herüber zu ziehen. Man hat aber die entschiedensten Gegner der Union herangezogen.

Kultusminister v. Mühler: Die Regierung hat keine Männer nach Hannover berufen, auf welche das Anwendung finden könnte, was der Vorredner gesagt hat.

Abg. Dr. Wehrenpfennig ersucht im Einverständniß mit sämmtlichen Abgeordneten aus der Provinz Hessen das Haus, die Forderung der Regierung für Marburg abzulehnen und erklärt, daß die Regierung in dieser Sache nicht nach der Stimmung des Landes gehandelt habe.

Abg. Uloth (Kassel) erklärt, daß er mit Dr. Wehrenpfennig nicht einverstanden sei. (Beifall rechts.) Bei der Abstimmung werden beide Anträge der Kommissarien des Hauses angenommen, die Forderung der Regierung daher abgelehnt.

Zu Tit. 14 (Geistliche und Kirchen) beantragt Abg. v. Mallinckrodt die Absetzung von 1100 Thlr., Behufs Besoldung eines Kuratus und zweier Hülfsgeistlicher in Neustadt, weil dieselben völlig entbehrlich seien. Der Kultusminister und der Abg. v. Lattorf erklären sich gegen den Antrag, der demnächst vom Hause abgelehnt wird.

Der Handelsminister Graf Itzenplitz überreicht hierauf einen Gesetzentwurf, der sein Ressort nicht eigentlich betrifft, sondern nur berührt. Unter den Mitteln, welche der Finanzminister bereits angeführt hat, und welche dazu dienen sollen, das Defizit zu decken, befanden sich gewisse Bestände aus dem Generalfonds von 2½ Millionen für die Köln.-Mindener Eisenbahn. Die Staatsregierung wünscht, diesen Bestand mobil zu machen zur Deckung des Defizits, uud der Gesetzentwurf soll dies genehmigen. Das Haus beschließt, diesen Gesetzentwurf durch Vorberathung im Hause zu erledigen.

Auf Antrag des Abg. Richter (Sangerhausen) beschließt das Haus, die Angelegenheit wegen der Domkapitel erst übermorgen auf die Tages-Ordnung zu setzen.

Schluß der Sitzung: 3¾ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr. Tagesordnung: Budgetberathung. Etats der Berg-, Hütten-, und Salinenverwaltung und der hohenzollernschen Lande.

Deutschland.

□ **Berlin**, 14. Dezember. Der jetzt noch diplomatische Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei giebt hier zu keinen Besorgnissen wegen Störung des Friedens Veranlassung. Die Interessen, die bei einer Störung des Friedens im mittelländischen Meere in Betracht kämen, sind so bedeutend, daß die Bemühungen der Mächte mit Energie darauf gerichtet sein werden, den Ausbruch eines Krieges zwischen der Pforte und Griechenland unter allen Umständen zu verhüten. Und bei dem Umstande, daß sowohl die Türkei wie Griechenland diplomatisch unter dem Schutze der Mächte stehen, wird es den Letztern um so eher gelingen, die beiden Staaten zu einer Aussöhnung zu vermögen. Wenn merkwürdiger Weise ein Wiener offiziöser Korrespondent der „Augsb. Allgem. Ztg." berichtet, daß das energische Vorgehen der Pforte gegen Griechenland auf das Anstiften Englands geschehen sei, so ist dies höchst unwahrscheinlich. Vors Erste hat Lord Stanley, der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten in England, seine Ansichten über die orientalische Frage in einer Weise ausgesprochen, die jede Pression auf die Pforte zu einem Vorgehen gegen Griechenland ausschließt, und dann hat sich insbesondere noch in der letzten Zeit das englische Kabinet in einer Krisis befunden, die einen so entscheidenden Schritt in dieser Angelegenheit sehr unwahrscheinlich macht. Das angebliche Anstiften Englands in dieser Angelegenheit wird vielmehr von Wien aus nur zu dem Zwecke in den Vordergrund gestellt, um die Agitation Oesterreichs in derselben zu verdecken. Graf Beust brauchte, nachdem ihm die rumänische Angelegenheit aus den Händen gewunden war, bei seiner übergroßen Geschäftigkeit eine neue Gelegenheit Depeschen zu schreiben, und diese glaubte er in einem türkisch-griechischen Konflikt zu finden. Es ist daher jedenfalls seinen Rathschlägen das heftige Vorgehen der Pforte gegen Griechenland zuzuschreiben. Auch England und Frankreich theilen diese Ansicht und haben daher ihren Gesandten in Wien Instruktionen dahin ertheilt, dem Reichskanzler auf die Gefährlichkeit seiner Politik aufmerksam zu machen und demselben Mäßigung anzuempfehlen. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck ist in Begleitung des Geh. Legations-Raths v. Keudell gestern von Dresden hierher zurückgekehrt. Derselbe hat sich über den Empfang, der ihm in Dresden zu Theil geworden ist, sehr befriedigt ausgesprochen. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß auch in dieser Reise ein äußeres Zeichen der sehr vertrauten und innigen Beziehungen, welche zwischen Preußen und Sachsen herrschen, zu finden ist, eines Verhältnisses, von welchem auch die Hierherkunft und Theilnahme der Königl. sächsischen Prinzen an den am 15. und 16. stattfindenden Hofjagden bei Königs Wusterhausen ein neues Symptom sind. — Das Befinden des Finanzministers v. d. Heydt ist in steter Besserung begriffen. Er empfängt bereits Besuche und hat heute auch seine amtliche Thätigkeit wieder angetreten. — Die in einigen Zeitungen enthaltene Nachricht, daß eine Trennung der geistlichen Angelegenheiten vom Kultusministerium im Werke sei,

hat nicht die geringste Wahrscheinlichkeit für sich. — Aus Nassau allein sind 286 Petitionen mit 51,218 Unterschriften für Beibehaltung der Konfessionsschulen an den Landtag eingegangen. Auch in Berlin zirkulirt bei den Lehrern eine Petition für Aufrechterhaltung der konfessionellen Schulen. Jedenfalls stellt sich bereits jetzt soviel heraus, daß der Lärm um konfessionslose Schulen besonders wieder von denjenigen ausgeht, die an der Spitze aller Wühlereien stehen, und daß das Volk in Masse den Religionsunterricht für seine Kinder in der Schule beibehalten wissen will. — Die preußischen Strafanstalts-Direktoren hatten bisher den Rang der ersten Klasse der Provinzial-Subaltern-Beamten. Durch eine neue Verordnung ist denselben der Rang der untersten Klasse der höhern Provinzialbeamten beigelegt worden. — Die ostpreußische General-Landschaft ist auf den 17. d. M. zusammenberufen und zum Königl. Kommissarius bei derselben der Regierungs-Vicepräsident v. Ernsthausen in Königsberg ernannt worden. — Die Angelegenheit wegen Einrichtung von Gewerbe-Zeichnen-Schulen geht ihrer weitern Entwickelung entgegen. Es ist u. A. mit dem Vorstande und den Lehrern des hiesigen Gewerbe-Museums konferirt worden. Von diesen soll nämlich ein Plan ausgearbeitet werden, dem nach, wenn er die Genehmigung des Ministeriums erhalten hat, der Unterricht ertheilt werden soll. Auch ist in Aussicht genommen, die Lehrer, welche an solchen Schulen unterrichten wollen, hierher zur Durchmachung eines Kursus zu berufen, in welchem ihnen praktisch gezeigt werden soll, wie sie ihren Unterricht zu leiten haben. Eine recht unbedeutende Anzahl von Kommunen u. A. Köln, Kassel u. s. w. hat den Wunsch ausgesprochen, dergleichen Schulen zu erhalten. Die Kommunen haben bekanntlich für die betreffenden Lokalitäten und die Hälfte der Kosten, die im Ganzen auf 2000 Thlr. jährlich berechnet sind, zu sorgen.

Berlin, 14. Dezember. Se. Maj. der König nahmen die Vorträge der Herren Hofmarschälle, des Civil- und Militär-Kabinets, sowie militärische Meldungen entgegen, empfingen den Grafen Lehndorff-Steinort in besonderer Audienz und statteten der Frau Gräfin Benckendorff, geborenen Prinzessin Croy, einen Besuch ab. — Morgen früh 8 Uhr begeben Se. Maj. der König Allerhöchstsich nach Königs-Wusterhausen zur Abhaltung zweitägiger Hofjagden, an denen die Königl. sächsischen Prinzen Königliche Hoheiten Theil nehmen. Im Allerhöchsten Gefolge werden sich befinden der Hof-Marschall Graf Perponcher, die Flügel-Adjutanten Oberst v. Steinäcker, Oberst-Lieutenant Graf Lehndorff und Major Prinz Anton Radziwill, sowie der Leibarzt Sr. Majestät, General-Arzt v. Lauer. Se. Majestät der König kehren am 16. Abends nach Berlin zurück.

— Ihre Majestät die Königin wird heute zum ersten Male wieder ausfahren. Gestern war Familien-Diner im K. Palais.

— Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl hielt heut auf seinem Jagdrevier bei Zehlendorf Jagd ab.

— Der Kronprinz und der Prinz Georg von Sachsen sind gestern Abends 8½ Uhr in Begleitung des Hauptmanns Grafen v. Kitzthum und des Majors von Montbé von Dresden hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen. Die hohen Gäste begaben sich bald nach der Ankunft zu dem König und der Königin und begleiten heute Morgens 8 Uhr den König zu den Hofjagden nach Königs-Wusterhausen, zu welchen auch der Ministerpräsident Graf Bismarck, die Minister v. Roon, v. Selchow und v. Schleinitz rc. geladen worden sind. Der Herzog von Koburg hat in Folge Unwohlseins abgesagt, ebenso der Prinz August von Würtemberg.

— (Post.) Das Konstantinopolitanische Journal „Turquie“ wird jetzt vielfach als Quelle alarmirender Nachrichten citirt, und zwar gewöhnlich telegraphisch. Man möge deshalb nicht unbeachtet lassen, daß die „Turquie“, die ursprünglich allerdings offiziös war, es seit etwa sechs Monaten nicht mehr ist, sondern sich seitdem im Besitz eines in der türkischen Hauptstadt bestehenden polnischen Flüchtlings-Comité's befindet, welches sie jetzt gekauft, um Lärm gegen Griechenland und damit indirekt gegen Rußland zu schlagen. Daß ein solches Blatt als authentisch citirt wird, ist einer vielen Kniffe, die auf dem Papiere den Schein einer Verwickelung erzeugen sollen. Gerade wie man seinerseits der Welt durch Telegramme einzureden suchte, es sei in Bulgarien ein Aufstand und Rumänien verschulde denselben.

Dresden, 14. Dezember. Ein Wiener Telegramm des „Dresdner Journals“ meldet: Die griechische Regierung hat die türkische Sommation beantwortet und davon Kenntniß gegeben, daß sie die Freiwilligenschaaren aufgelöst, ihren Offizieren und Beamten jede Theilnahme am kretensischen Aufstand untersagt und den aus Kreta Emigrirten die Rückkehr freigestellt habe. Die übrigen Punkte der Sommation haben in der Erwiderung der griechischen Regierung keine Erwähnung gefunden.

Altenburg, 11. Dezember. Der Widerspruch gegen die von der Staatsregierung ohne vorheriges Gehör einer Synode beabsichtigte Aufhebung der bisherigen obern Kirchenbehörde, des Konsistoriums, hat dem „Dr. J.“ zufolge zu einer von sämmtlichen Geistlichen des Landes unterzeichneten und an den Herzog als obersten Bischof gerichteten Eingabe Anlaß gegeben. Die Petenten verwahren sich darin unter Berufung auf die Versicherungen, welche der Landeskirche durch das Grundgesetz von 1831 ertheilt worden sind, dagegen, daß eine etwa einzuführende neue Kirchenverfassung nur dem Landtage als einer nur politischen Körperschaft zur Berathung und Beschließung vorgelegt werden solle.

Meiningen, 12. Dezember. Auf die Interpellation mehrerer Abgeordneten in Bezug auf Beilegung des Domänenstreits gab der Vorstand des Finanzdepartements in der Sitzung vom 7. Dezember die Erklärung ab: daß die Staatsregierung zu Unterhandlungen in der Domänenangelegenheit vor dem vom Schiedsgerichte angesetzten Termine gerne bereit sei, insoferne dies den Wünschen des Landtages entspreche, worauf der Landtagspräsident konstatirte, daß diese Erklärung den Wünschen des Landtages entgegenkomme.

Stuttgart, 14. Dezember. Die Adreßkommission der Abgeordnetenkammer hat ihren Bericht abgefaßt. Das Programm der Mehrheit ist: Revision der Verfassung und Verwaltung, Errichtung eines Südbundes, kein weiterer Schritt zum Anschluß an den norddeutschen Bund. Acceptirt die Regierung dieses Programm nicht, so würde sie dem Mißtrauen des Hauses begegnen. Die Minderheit verlangt Anschluß Würtembergs an den norddeutschen Bund.

Ausland.

Wien, 14. Dezember. Der „Neuen freien Presse“ zufolge soll der Reichskanzler Graf v. Beust anläßlich der Erklärung des Grafen v. Bismarck über die Agitationen, welche von Hietzing ausgegangen seien, eine Depesche nach Berlin gerichtet haben, in welcher gesagt wird, daß die österreichische Regierung von solchen Agitationen nichts wisse und daß sie dieselben nicht dulden würde.

Bern, 12. Dezember. Heute fand eine Sitzung der vereinigten Bundesversammlung statt, in welcher die verfassungsmäßigen Wahlen für das Jahr 1869 vorgenommen wurden. Es waren 98 Mitglieder des Nationalraths und 35 des Ständeraths gegenwärtig. Zu Bundespräsidenten wurden im ersten Wahlgang Vicepräsident Welti mit 118 von 137 Stimmen gewählt, ferner Ruffy zum Vicepräsidenten des Bundesraths mit 70 von 134 Stimmen, Vicepräsident Carlin zum Präsidenten des Bundesgerichts mit 100 Stimmen und Jost Weber (Luzern) zum Vicepräsidenten des Bundesgerichts mit 71 von 120 Stimmen.

Paris, 14. Dezember. „Patrie“ schreibt: Zwischen den Mächten herrscht andauernd vollkommenes Einvernehmen in Betreff des Konfliktes zwischen Griechenland und der Türkei. Kein Zwischenfall ist eingetreten, welcher einen Mißerfolg der diplomatischen Aktion befürchten lassen könnte. — Der Finanzminister hat sich heute in gleichem Sinne dem Börsen-Kommissariat gegenüber ausgesprochen.

Florenz, 14. Dezember. Hier eingetroffene Nachrichten aus Caprera melden, daß Garibaldi sich demnächst nach Spanien begeben werde. — Die Kammer wird am Donnerstag die Diskussion des provisorischen Budgets beginnen. Das Resultat der gestern stattgehabten Neuwahlen ist der Regierung günstig.

Madrid, 13. Dezember. Von den Mitgliedern des hiesigen Klerus werden bedeutende Summen zur Anstiftung von Unruhen vertheilt. — Es herrscht hier großes Elend, Handel und Verkehr stocken, viele Bewohner verlassen die Stadt. — Die Journale Diskussion“ und „Igualdad“ sind wegen der Artikel, in welchen sie die Insurrektion von Cadir gebilligt haben, unter Anklage gestellt. — Es hat sich hier eine Vereinigung gebildet, welche unter dem Vorwande, die Einheit des Katholizismus zu wahren, thatsächlich den Zweck verfolgt, absolutistische Ideen zu verbreiten und einer carlistischen Erhebung den Weg zu bahnen.

Bukarest, 11. Dezember. Alexander Golescu ist heute aus Konstantinopel zurückgekehrt und hat das Finanzministerium übernommen. — Bei dem furchtbaren Sturm sind gestern in Tokschani 50 Häuser zerstört worden. — Der Minister des Innern, Michael Cogalniceanu, entwickelte heute das Programm des Ministeriums in einer längeren Rede, welche von der ganzen Deputirten-Kammer mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

— 12. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer gab Jon Bratiano die Erklärung ab, daß die Waffensendungen aus Preußen mit Vorwissen Napoleons geschehen seien, und beschuldigte bei Besprechung des von Beust vorgelegten Rothbuches die österreichische Regierung, sie gehe mit der Absicht um, Rumänien zu annektiren.

Pommern.

Stettin, 15. Dezember. In der gestrigen Monatsversammlung des Stettiner Gartenbau-Vereins theilte der Vorsitzende zunächst eine Einladung des Comité's der für nächsten Herbst projektirten internationalen Gartenbau-Ausstellung zu Hamburg an den Verein mit, sich an dieser Ausstellung zu betheiligen, und wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung ein Comité zu wählen, welches die Förderung dieser Angelegenheit in die Hand nehmen soll. Ferner wurde das Programm zur Preisbewerbung der kombinirten Ausstellung des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues in Preußen mitgetheilt, welche am 2. und 3. Mai in Berlin stattfinden soll. Wir heben daraus hervor, daß die Ausstellung von jedem Gärtner und Gartenbesitzer des In- oder Auslandes, wenn derselbe auch nicht Vereinsmitglied ist, beschickt werden kann. Hierauf wurde ein Antrag des Herrn Hübner angenommen, der Vorstand möge künftig die Tagesordnung für jede Monatsversammlung so weit dies möglich zum Voraus festsetzen und durch die Zeitungen veröffentlichen. Der Antragsteller motivirt seinen Antrag damit, daß der Besuch der Versammlungen sich heben werde, wenn Jeder vorher wisse, was zum Vortrag kommt. Ferner wird die Berichterstattung aus den Fachblättern für die Zukunft folgendermaßen vertheilt: Herr Haffner über Obstbau und Baumzucht; Herr Schütz über Topfpflanzenzucht; Herr Sterzing über Platzgärtnerei (Pflanzenzucht für Markt); Herr Koch über Samenzucht; Herr Hübner über Gemüse- und Landschaftsgärtnerei. — Eine Frage des Herrn Landschaftsraths v. Hagen-Premo: Wann ist der geeignete Zeitpunkt, Spalierbäume zu schneiden? beantwortet Herr Haffner dahin: kurz vor Johanni und im September, aber nicht zu tief, weil sie sonst zu stark in's Laub wachsen. — Eine zweite Frage: woher kommt es, daß bei einem im Glashause gezogenen Malvasier-Weinstock im vorigen Sommer nur die Trauben der ersten Blüthen vollständig zur Entwickelung gelangt, die übrigen aber blaß und geschmacklos geblieben sind, während dieselbe Sorte im Freien vortrefflich gediehen ist? blieb unbeantwortet, aber wurde die Vermuthung ausgesprochen, daß vielleicht die zu trocken gewordene Luft im Hause (Mangel an Thau) daran die Schuld trage. — Zahlreiche anderweitige Fragen wurden den Fachmännern zur Beantwortung in der nächsten Sitzung (Generalversammlung am 1. Januar 1869) zugetheilt. Ebenso werden Abhandlungen: 1) über die Art und Weise, wie in einem Jahr zwei Kartoffelernten zu erzielen sind und 2) über die Einwirkung des grünen und weißen Glases auf Blattpflanzen rc. zum Vortrag kommen. Herr Schütz hat eine blühende Orchidee von herrlichem Geruch „Zygopetalum Makaip“ und eine Kollektion der neuesten Sorten von Primula chinensis und Herr Hübner mehrere Bouquets und Kränze von Blumen, Gräsern und Moos zur Ansicht ausgestellt, die er selbst resp. gezüchtet, gesammelt, gebleicht, getrocknet oder echt gefärbt, während solche Sachen bisher nur von Erfurt u. s. w. hier eingeführt sind. Letztere wurden wegen ihres schönen Kolorits und geschmackvollen Aussehens vom Verein zur Verloosung in der Januarversammlung angekauft.

— Mit dem 1. k. Mts. treten die gesteigerten Anforderungen für die wissenschaftliche Qualifikation der einjährig Freiwilligen in Kraft, worüber die betreffenden Prüfungs-Kommissionen in den einzelnen Bezirken das Erforderliche öffentlich bekannt zu machen veranlaßt worden sind. Diejenigen mit der Berechtigung zum einjährigen Dienste versehenen jungen Leute, welche der einjährigen Militär-Dienstzeit als Pharmazeut genügen wollen, haben den Nachweis der Absolvirung der landesgesetzlichen Staatsprüfungen beizubringen. Zu diesem Zwecke kann den Pharmazeuten event. ein Ausstand zum Dienstantritt bis zum vollendeten 2[illegible]. Lebensjahre von den Ersatzbehörden dritter Instanz bewilligt werden; die Bestimmung Betreffs der Beibringung des Nachweises bestandener Staatsprüfung tritt nämlich erst mit dem Jahre 1872 in Kraft. Die Anmeldung zum Dienste als einjährig freiwilliger Pharmazeut ist bei einem Korps-Generalarzte oder, wenn der Eintritt bei einem selbstständigen Bundes-Kontingente gewünscht wird, bei der obersten Behörde der Militär-Medizinal-Angelegenheiten dieses Kontingents zu bewirken.

— Von der neuen Eintheilung der Landwehr-Regimenter zu je zwei Bataillonen soll die Garde-Landwehr ausgeschlossen bleiben. Dieselbe soll wie bisher zu drei Bataillonen per Regiment formirt werden. Der Quartierstand der Waffe vertheilt sich nach dem neuen Dislokationsplane gegenwärtig auf 163 Stabsquartiere und 587 Kompagnie-Stationsorte.

— Auf die durch das Bundeskanzler-Amt an Lübeck, Mecklenburg-Schwerin und Bremen gerichtete Mittheilung, daß von der Nachvermessung der Seeschiffe dieser drei Staaten in Preußen Abstand genommen wird, sobald die Schiffe mit Meßbriefen ihrer Heimathsbehörden versehen sind, ist in vorerwähnten Staaten den preußischen Schiffen Reziprozität gewährt worden.

— Das Leuchtschiff „Swantewitz“ ist gestern Eises halber von seiner Station eingenommen. Vom sogenannten Hard bis außerhalb der Kuhlen feststehendes Eis von ¾—1″ Stärke.

† **Demmin**, 14. Dezember. Gestern in der Abendstunde wurde ein größeres Brandunglück hierselbst nur durch die rechtzeitige Nachhausekunft der Bewohner des Hauses verhindert. Der Sachverhalt war folgender: Die oberste Etage des 3 Stock hohen Kaufmann Hinzpeterschen Hauses hierselbst, wird von einem Doktor der Theologie bewohnt, welcher einige Pensionäre hält. Die Ehegatten hatten Nachmittags gegen 3 Uhr einen Spaziergang nach dem benachbarten Dorfe Deven unternommen, an welchem auch die Pensionäre Theil nahmen. Zurückgeblieben war nur die Dienstmagd mit dem jüngsten Kinde der Herrschaft. Kurz vor dem Weggehen hatten die Pensionäre in den Ofen ihrer auf der linken Seite des Korridors abgesondert gelegenen Wohnstube einige Soden Torf gesteckt, welche sie jedoch bald darauf wieder herauszogen, solche auch der Vorsicht halber mit Wasser übergossen, nachdem sie dieselben in den vor dem Ofen stehenden Holzkorb gepackt. Sie verließen hierauf die Stube, solche verschließend, um sich, wie vorbemerkt, an dem Spaziergange zu betheiligen. Gegen Abend in der sechsten Stunde kehrte die Familie zurück und verspürte sofort einen starken brandigen Geruch. Beim Oeffnen der Pensionär-Stube wälzte sich den Eintretenden eine Rauchlawine entgegen, welche sich, nachdem die Fensterscheiben eingeschlagen waren, in eine Feuersäule verwandelte. Die Löschung des Feuers ging nun durch die Hausbewohner energisch von Statten und gelang glücklicherweise vollständig. Der Holzkorb mit seinem Inhalt waren von dem Element völlig verzehrt, die Dielen auf den Umfang von etwa 6 Fuß durchgebrannt, auch das obere Ende einer Bettstelle und ein Wandbalken bereits vom Feuer ergriffen. Eine halbe Stunde später, wäre wahrscheinlich der Durchbruch des Feuers erfolgt und eines der schönsten Gebäude der Stadt mit vielen auf dem Boden und in dem Laden lagernden Waarenvorräthen ein Raub der Flammen geworden.

Vermischtes.

— (Raubanfall auf einen Eisenbahnzug.) Wie Pesther Blätter erzählen, ist vor einigen Tagen der Postzug zwischen Felegyhaza und Pußta Petri von Räubern attaquirt worden. Dieselben hatten die Eisenbahnschienen aufgerissen, in Folge dessen die Maschine nebst drei Wagen in den neben dem Geleise sich hinziehenden Graben stürzte. Wie man versichert, war schon vor Wochen die Absicht der Räuber, den Postzug zu attaquiren, bekannt, und wurde auch das Ministerium des Innern hiervon verständigt. Schon war einmal eine Kette um die Schienen gelegt, aber sie wurde von der heranbrausenden Lokomotive zerrissen und somit das Attentat vereitelt. In der vorgestrigen Nacht gelang die Sache besser, wenn auch nicht vollständig. Nur dem Zufalle, daß die Kuppel riß, ist es zu verdanken, daß nicht der ganze Zug in den Graben stürzte und daß nicht unabsehbares Unglück geschah. Als die Wagen stehen blieben, machten die Räuber mit Streichhölzchen Feuer, um den Postwagen zu suchen, auf den es eigentlich abgesehen war. Zum Glücke erinnerten sich Passagiere, daß in Czegléd drei Mann Jäger eingestiegen waren. „Soldaten heraus!“ ertönte es nun von allen Seiten. Die Jäger stürzten mit bewundernswerther Bravour hervor und es wurden Schüsse gewechselt, deren Spuren an einigen hier angekommenen Wagen deutlich sichtbar sind. Die Räuber — eine größere Anzahl Soldaten vermuthend — flüchteten in das nahe Gehölz, die Jäger folgten ihnen unerschrocken auch dahin, allein im Nu waren die Räuber, die wahrscheinlich in der Nähe Wagen stehen hatten, im nächtlichen Dunkel verschwunden. Von den auf dem Zuge befindlichen Reisenden, so wie vom Bahnpersonale wurde Niemand beschädigt.

Köln, 13. Dezember. Heute in der Mittagsstunde wurde der Buchhalter des hiesigen Handlungshauses J. D. Nachtigall in der Altenbergerstraße auf dem Komtoir von einem Kommis desselben Hauses mittels eines Dolchmessers erstochen. Der Buchhalter hatte seit längerer Zeit Verdacht auf den betreffenden Kommis gehabt, daß dieser die Kasse bestehle, und ertappte denselben heute Morgen an dem Geldschranke stehend. Es muß sich nun wohl ein Wortwechsel entsponnen haben, in Folge dessen der Mörder seine That vollbrachte. Der Ermordete erhielt sieben Stiche in den Unterleib; man fand ihn im Komtoir vor dem Geldschrank liegend. Der Mörder wurde verhaftet.

Hamburg, 12. Dezember. Zu unseren berechtigten Eigenthümlichkeiten zählt es auch, daß über ausgerückte Falliten eine „Schandglocke“ geläutet werde. Vor längerer Zeit wurde dieselbe auch über den flüchtig gewordenen Falliten C. M. Behr geläutet. In Folge dessen hat die Frau die Ehescheidungsklage eingeleitet und ist damit durchgedrungen, weil, wie vom Obergericht anerkannt worden, das Schandläuten einer entehrenden Kriminalstrafe gleich zu achten.

Viehmärkte.

Berlin. Am 14. Dezbr. c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1249 Stück, welche bei ziemlich lebhaftem Verkehr für beste Qualität auf 16—17 Thlr., mittel 12—14 Thlr., ordin. 9—11 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt wurden.

An Schweinen 3930 Stück. Die Zutriften waren ziemlich stark, weshalb sich die Preise bei mattem Handel merklich drückten, Export-Geschäfte nach Hamburg waren unbedeutend, und wurde beste feine Kern-Waare, Mecklenburger mit 17—18 Thaler per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schafvieh 2926 Stück. Die Preise stellten sich bei flauem Verkehr auch in dieser Woche sehr gedrückt, Bestände wurden nicht aufgeräumt.

An Kälbern 684 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu höheren Preisen bezahlt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Dezbr. Witterung: schön. Wind S. Temperatur + 4 ° R.

An der Börse.

Weizen fest, pr. 2125 Pfd. loco gelber inl. 66 bis 69 Rt., feinster 69½ Rt., bunter 66—68 Rt., weißer 69—70½ Rt., ungar. 60—62 Rt., 83—85pfd. pr. Dez. 69 Rt. nom., Frühj. 69½, 70, 69, 69½ Rt. bez, Br. u. Gd., Mai-Juni 70½ Rt. Br.

Roggen loco wenig verändert, Termine fest, per 2000 Pfd. loco 51—52 Rt., feinster 52½ Rt. bez., per Dezember 51¼, ½ Rt. bez, Dezember-Januar 51 Rt. Br., Frühjahr 50¾, 51½, 51¼ Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 51¾ Rt. Br., ½ Gd.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. ger. Futter-41—43 Rt., bessere 45—46 Rt., feine 47—48 Rt., pomm. 48—48½ Rt.

Hafer unverändert, pr. 1300 Pfd. loco 33—34 Rt., 47 bis 50pfd. Frühjahr 34 Rt. bez. u. Gd.

Erbsen per 2250 Pfd. loco 57—59 Rt., pr. Frühj. Futter- 57½ Rt. bez. u. Gd.

Rüböl wenig verändert, loco 9¼ Rt. Br., per Dezbr. 9¹/₁₂ Rt. bez. u. Gd., Januar-Februar 9⅙ Rt. bez. u. Br., April-Mai 9½ Gd., 9⁷/₁₂ Rt. Br., September-Oktober 9⅚ Rt. bez.

Spiritus fest, loco ohne Faß 15⁵/₂₄ Rt. bez., Dezember u. Dezember-Januarr 14¹¹/₁₂ Rt. bez. u. Gd., Januar-Februar 15¹/₁₂ Rt. Gd., Febr.-März 15⅓ Rt. Gd., Frühj. 15⅔ Rt. bez. Br. u. Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 69, Roggen 51½, Rüböl 9¹/₁₂, Spiritus 14¹¹/₁₂.

Paris, 13. Dezember. (Schluß-Course.) 3% Rente 17. 17½. Lombarden 417. 50.